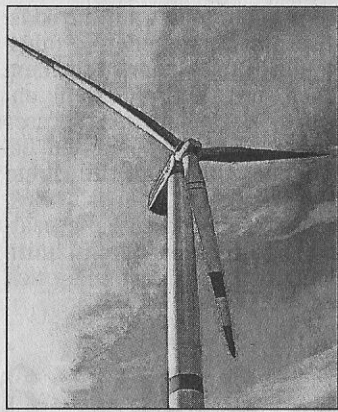


Für vernünftige Energiewende

Dachverband hessischer Bürgerinitiativen: Gründung und erste Klausurtagung

Main-Kinzig-Kreis/Laubach (re). Als wichtigstes Ergebnis der ersten Klausurtagung des gemeinnützigen Dachverbands „Vernunftkraft Hessen“ am vergangenen Wochenende in Schloss Laubach steht die Forderung nach einem Moratorium. Bis die entscheidenden Fragen über den tatsächlichen Nutzen des massiven Ausbaus der Windkraft in den hessischen Wäldern beantwortet seien, sollen keine weiteren Anlagen errichtet werden, fordern die Delegierten der rund 50 hessischen Bürgerinitiativen vom Reinhardswald bis in den Spessart.



Die Windkraft sei längst entzaubert, meinen die Bürgerinitiativen. (Foto: dpa)

Die Initiativen haben sich zusammengeschlossen, um die Landesregierung zum Dialog mit den Bürgern aufzufordern. Unmut und Widerstand in der Bevölkerung nähmen täglich zu. Die Zerstörung der Natur und der Landschaft sowie der massive Eingriff in das Lebensumfeld der Menschen und deren Gesundheit stießen vielerorts auf massiven Widerstand.

Ziel des Verbandes ist es, über die ökonomischen und ökologischen Folgen des massiven Ausbaus der Windkraft sowohl Bürger als auch Politiker aufzuklären und die Verantwortlichen zum Einlenken zu bewegen. Gerade Politiker, die Entscheidungen fällen müssten, hätten erschreckend we-

nig Sachkenntnis, berichteten die meisten der BI-Delegierten.

Ein Durchbruch sei bereits im Vogelsberg erreicht worden, wo Bürgerinitiativen von CDU-Politikern aktiv unterstützt würden. Die FDP Hessen fordere ebenfalls ein Windkraft-Moratorium. Obwohl Hessen dicht besiedelt sei, wolle die Landesregierung keine Rücksicht auf die Menschen nehmen. Während in Bayern und Sachsen beim Bau von Windkraftanlagen mindestens 2000 Meter Abstand zur Wohnbebauung eingehalten werden müssten, erachteten CDU, SPD, Grüne und Linke im hessischen Landtag einen Abstand von 1000 Meter als ausreichend. Für Einzelgehöfte gel-

ten sogar nur 600 Meter.

Da Hessen ein windarmes Land sei und 42 Prozent der Landesfläche mit Wald bedeckt seien, müssten die meisten der geplanten, 200 Meter hohen Windkraftanlagen auf bewaldeten Mittelgebirgskämmen gebaut werden. Auch Naturschutzgebiete seien kein Tabu mehr. Aber selbst Windkraftanlagen in den Kammlagen seien keine Garantie für Rentabilität. Die Bürgerinitiativen verweisen auf die Daldorf-Studie, die 1200 Jahresabschlüsse untersucht habe. Die Wirtschaftlichkeitsbilanz für Deutschland: Zwei Drittel der Windparks arbeiteten unwirtschaftlich. Kommunen in Rheinland-Pfalz bestätigten dies: Die allermeisten der Windkraft-Parks liefen defizitär. Die Windprognosen seien viel zu optimistisch.

Die von Minister Tarek Al-Wazir (Grüne) beschlossene Verdopplung des Windstroms in Hessen sei nicht geeignet, auch nur annähernd eine zuverlässige Stromversorgung zu gewährleisten. Die gesicherte Leistung aus rund 25 000 Windkraftanlagen in Deutschland liege bei nur etwa 0,2 Prozent des Strombedarfs. Die Fachwelt schließe aus, dass industriell nutzbare Großspeichertechnologien für EE-Strom in den kommenden Jahrzehnten zur Verfügung stünden. Ähn-

lich habe sich auch der Direktor des Thinktanks „Agora Energiewende“ geäußert: „Wir haben uns bei der Energiewende geirrt. Die vielen Windräder und Solaranlagen, die Deutschland baut, leisten nicht, was wir uns von ihnen versprochen haben“, zitiert „Die Zeit“ in ihrer Ausgabe vom 4. Dezember den Leiter der einflussreichsten Denkschule der Energiepolitik in Deutschland.

Die Bürgerinitiativen fordern den sofortigen Bau- und Genehmigungsstopp für Windkraftanlagen, die Vorlage eines Konzepts für Versorgungssicherheit, Bezahlbarkeit und Wirtschaftlichkeit der künftigen Stromversorgung, einen Mindestabstand von Anlagen zur Wohnbebauung, der dem Zehnfachen der Anlagenhöhe entspricht, und keine Windkraftanlagen in den Wäldern.

Weltklimarat, EU und deutsche Nachbarländer rieten dringend vom Subventionieren des Ausbaus ab. Das einmütige Urteil laute, das EEG gehöre abgeschafft. Die Windkraft sei längst entzaubert. In Wahrheit sei es nur ein „fauler Zauber“ gewesen. Die Zustimmung der Bevölkerung zum Ausbau der erneuerbaren Energien nehme im gleichen Maße ab, wie das Ausmaß der Konsequenzen für Mensch und Natur deutlich werde. Die Zahl der Bürgerinitiativen nehme weiterhin zu.